

Der Petent beehrte mit seiner Eingabe u. a. den Ausbau von Demokratiebildung, Präventionsprogramme gegen Extremismus und die finanzielle Unterstützung für gesellschaftliches Engagement.

Das um Stellungnahme gebetene Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration (MFFKI) hat zu dem Anliegen des Petenten mitgeteilt, dass sich die Landesregierung vielfältig für die Förderung von Demokratie, gegen Extremismus und für Integration einsetzt. Im Einzelnen führt das Ministerium dazu aus:

1. Strategien, Aktionspläne und Strukturen des MFFKIs im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention

Demokratieförderung und Extremismusprävention sind gesellschaftliche Querschnitts- und Gemeinschaftsaufgaben. Der Staat kann sie nicht alleine umsetzen, sondern dies ist nur mit einer starken demokratischen Zivilgesellschaft und den Kommunen möglich. Die Grundstrukturen, Strategien und Aktionspläne, die im Verantwortungsbereich des MFFKIs zu Demokratieförderung arbeiten sind daher alle auf breite Netzwerke und ressortübergreifende Zusammenarbeit ausgelegt. Folgend seien die Wichtigsten benannt:

1.1. Landesaktionsplan gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Im Jahr 2020 hat die Landesregierung den Landesaktionsplan gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit implementiert. Der Landesaktionsplan hat unter anderem zum Ziel, eine Kultur der Gleichwertigkeit zu fördern, demokratisches Bewusstsein zu stärken, Diskriminierungsschutz in allen Lebensbereichen zu verankern und ein gewaltfreies Leben für alle Menschen in Rheinland-Pfalz zu ermöglichen. Die Arbeiten zum Landesaktionsplan werden von einem 43-köpfigen Beirat begleitet. Der Landesaktionsplan beinhaltet 29 Maßnahmen, Programme und Strukturen der Landesregierung, die in unterschiedlichen Anteilen von Zivilgesellschaft und Landesregierung umgesetzt werden. Diese wurden in einem einjährigen Beteiligungsprozess mit über 80 Akteur:innen der rheinland-pfälzischen Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft, Kommunen und der Landesverwaltung entwickelt. Zu diesen Maßnahmen zählen u.a.:

- Beratungskompass
- Melde- und Dokumentationsstelle für menschenfeindliche Vorfälle m*power
- Förderprogramm „Gemeinsam für Gleichwertigkeit“
- Programm Solidarität gegen Hass und Gewalt im Netz

1.2. Bundesprogramm Demokratie leben! und das Demokratiezentrum im LSJV

Gefördert durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ fungiert die Landeskoordinierungsstelle im Demokratiezentrum als eine zentrale Schnittstelle. Es werden durch das Bundesprogramm geförderte Projekte, Organisationen und engagierte Menschen, die zu den Themenkomplexen Rechtsextremismus und menschenverachtende Einstellungen arbeiten, vernetzt und unterstützt. Hierzu zählen u.a. die „Demokratie leben!“ geförderten Projekte und Beratungsangebote sowie Projekte im Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“. Das Demokratiezentrum koordiniert

- Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus RLP,
- Präventionsnetzwerk DivAN,
- Netzwerk gegen Antisemitismus in Rheinland-Pfalz,
- Kompetenznetzwerk „Demokratie leben!“ Rheinland-Pfalz,

- Netzwerk der Partnerschaften für Demokratie sowie die Beratungsstrukturen:
- Betroffenenberatung Rheinland-Pfalz für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt,
- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus,
- Ausstiegs- und Distanzierungsberatung,
- Angehörigenberatung,
- Beratungsstelle Salam.

1.3. Jugendpolitik- „Demokratie erleben und gestalten

Die verbandliche und die kommunale Jugendarbeit leisten mit ihren Angeboten der politischen und sozialen Bildung grundlegende Demokratiebildung. Die Jugendverbände verstehen sich dabei als „Werkstätten der Demokratie“. Jährlich werden durch das MFFKI für die Arbeit der kommunalen und verbandlichen Träger für die entsprechenden Maßnahmen (rd. 6.000 im Jahr) über drei Millionen Euro zur Verfügung gestellt, damit werden jährlich bis zu 200.000 junge Menschen landesweit erreicht. Hinzu kommt die finanzielle Förderung der dafür notwendigen hauptamtlichen Strukturen landesweit, das MFFKI fördert 200 Fachkräftestellen bei öffentlichen und freien Trägern. Im Rahmen der Landesjugendstrategie „JES! Jung. Eigenständig. Stark!“ wird die politische Teilhabe junger Menschen im Sinne des demokratischen Erlebens insb. mit dem Förderprogramm „Politisch bilden - Demokratie erfahren - Jugend(sozial)arbeit vernetzen“ gestärkt. Mit dem Förderprogramm „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“ fördert das Land zudem die Etablierung von kommunalen Jugendstrategien in einzelnen Kommunen. Darüber hinaus werden mit dem Förderprogramm zur Förderung von Beteiligungsprojekten mit Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz Projekte bei Trägern gefördert, die die Beteiligung junger Menschen in ihrem Lebensumfeld stärken.

Um die organisierten Interessensvertretungen junger Menschen im Land zu stärken und in ihrer Arbeit für Beteiligung, Demokratie und Teilhabe zu unterstützen fördert das MFFKI seit seiner Gründung den Dachverband der kommunalen Jugendvertretungen in Rheinland-Pfalz e.V. sowie eine eigens vom MFFKI eingerichtete Geschäftsstelle, um die ehrenamtliche Arbeit der jungen Menschen kontinuierlich abzusichern. Ein jugendpolitischer Meilenstein ist die Einrichtung des bundesweit ersten Landesjugendbeirats in Rheinland-Pfalz im Sommer 2024. Mit dem Landesjugendbeirat, in dem alle organisierten Interessensvertretungen im Land sowie junge Menschen auch außerhalb von Interessensvertretungen eingebunden sind, werden die Anliegen junger Menschen noch stärker in der Landespolitik berücksichtigt. Auch hier wird eine Geschäftsstelle seitens des MFFKI gefördert, um die Arbeit dauerhaft zu begleiten.

1.4 Antidiskriminierung

Die Landesantidiskriminierungsstelle Rheinland-Pfalz (LAOS) im MFFKI fördert die Demokratie primärpräventiv durch Aufklärungs-, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit sowie durch eine effiziente Weiterleitungsberatung. Diskriminierung lässt sich am ehesten verhindern, wenn die Informations- und Aufklärungsarbeit gefährdete Menschen so frühzeitig wie möglich erreicht, für die Gefahren von Menschenrechtsverletzungen sensibilisiert und ihnen Wege zum Selbstschutz und zur Gegenwehr aufzeigt. Als Anlaufstelle für Menschen, die Benachteiligung und Ausgrenzung erfahren haben, unterstützt die LAOS auch durch Angebote wie die kostenlose rechtliche Erstberatung bei Verstößen gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und im Sinne von Empowerment.

2. Demokratiefördernde Maßnahmen (Projekte & Anlaufstellen)

2.1. Demokratie lernen

Netzwerk für Demokratie und Courage Rheinland-Pfalz

Im Netzwerk für Demokratie und Courage Rheinland-Pfalz (NDC RLP) engagieren sich junge Menschen ehrenamtlich für eine demokratische Kultur und gegen menschenverachtendes Denken. Es ist seit 2002 in Rheinland-Pfalz unter Federführung der DGB-Jugend aktiv und wird durch die Landesregierung gefördert. Hauptarbeitsfeld ist die Durchführung von Projekttagen an Schulen, in Jugendverbänden und Ausbildungseinrichtungen. Gemeinsam mit den Jugendlichen arbeiten die Teams des NDC zu den Themenfeldern Rassismus, Vorurteile und Diskriminierung, um Zivilcourage zu stärken und zu aktivem Handeln zu ermutigen.

Demokratie leben! Planspiele

Ziel der Planspiele des Demokratiezentrums Rheinland-Pfalz ist, für alle Dimensionen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu sensibilisieren und gemeinsam Handlungsoptionen dagegen zu entwickeln.

2.2. Betroffene schützen und stärken

Betroffenenberatung Rheinland-Pfalz

Die Betroffenenberatung Rheinland-Pfalz unterstützt Menschen, die von Rechtsextremen oder aus rassistischen, antisemitischen, antislamischen und anderen menschenfeindlichen Motiven bedroht oder angegriffen werden. Die Beratung ist aufsuchend, kostenfrei, vertraulich und auf Wunsch anonym. Die Trägerschaft für die Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Rheinland-Pfalz liegt bei zwei zivilgesellschaftlichen Trägern:

- Für die Region Nord-West die AWO Rheinland e.V. mit Sitz in Koblenz
- Für die Region Mitte-Süd Werkzeug e.V. mit Sitz in Mainz

Beratungskompass

Der Beratungskompass bietet Betroffenen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und ihrem Umfeld eine schnelle Orientierung bei Beratungs- und von Hilfeangeboten. Über eine Kartensuchfunktion können Suchende mit wenigen Klicks das für ihre Situation passende Angebot in ihrer Nähe finden.

Melde- und Dokumentationsstelle für menschenfeindliche Vorfälle in Rheinland-Pfalz

Die Melde- und Dokumentationsstelle schließt die Lücke zwischen den Angeboten der unterschiedlichen Landesbeauftragten, der Landesantidiskriminierungsstelle sowie der Arbeit der mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus und der Opferberatung. Ihre Hauptaufgaben sind erstens die Meldungen menschenfeindlicher Vorfälle in Rheinland-Pfalz nach klaren Kategorien zu erfassen, aufzubereiten und auszuwerten und zweitens die oft schmerzhaften Erfahrungen der Betroffenen sichtbar zu machen.

Die Melde- und Dokumentationsstelle ist beim Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche Hessen und Nassau (EKHN) angesiedelt.

Antidiskriminierungsbüro

Erstmalig wurde darüber hinaus 2023 mithilfe von Bundesmitteln und Mitteln des Landesantidiskriminierungsstelle im MFFKI ein zivilgesellschaftlich verortetes Anti-

Diskriminierungsbüro unter Trägerschaft des Netzwerkes diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz eröffnet.

2.3. Demokratisches Engagement fördern & Rechtsextremismus und Islamismus bekämpfen

Förderprogramm „Gemeinsam für Gleichwertigkeit“

Am 1. Januar 2021 hat das MFFKI das Förderprogramm „Gemeinsam für Gleichwertigkeit“ gestartet. Unterstützt werden Projekte, die merkmalsübergreifend gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und für Demokratie und Vielfalt wirken. Seit 2021 wurden mit dem Förderprogramm „Gemeinsam für Gleichwertigkeit“ rund 40 Projekte in ganz Rheinland-Pfalz gefördert.

Förderprogramm „Demokratie vor Ort“

Das Programm wurde 2025 ins Leben gerufen und soll dazu beitragen, Demokratie in den Sozialräumen von Menschen zu stärken. Ein wichtiges Element dabei ist, für Konflikte und Herausforderungen in einem demokratischen Prozess Lösungen zu entwickeln und zu vermitteln. Dazu gehört auch die Erkundung und Beschreibung eines der möglichst vielen Menschen gleichberechtigte Teilhabe ermöglicht. „Vor Ort“ kann im Rahmen der Förderkriterien zum Beispiel in der Kommune, im Verein, im Jugendtreff, in der Religionsgemeinde oder im Betrieb sein.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus

Ziel der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Rheinland-Pfalz ist es, eine menschenrechtsorientierte demokratische Kultur zu stärken, in der eine Kultur des Hinsehens und der gelebten Zivilcourage eine bedeutende Rolle spielt. Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz unterstützt alle, die mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus konfrontiert sind und sich dagegen wenden möchten. Gemeinsam werden fallspezifisch individuelle Handlungsoptionen unter Berücksichtigung der lokalen Gegebenheiten, Möglichkeiten und persönlicher Wünschen entwickelt. Die Beratung erfolgt vertraulich, das Angebot orientiert sich an den Bedürfnissen der Beratungsnehmenden, ist aufsuchend und kostenfrei. 2023 wurde die MBR vor dem Hintergrund gewachsener Bedarfe und Herausforderungen im Themengebiet mit Hilfe einer Verzehnfachung der Landesmittel umstrukturiert und gestärkt. Seit dem 01.01.2023 bilden nun insgesamt 13 Berater*innen in vier Regionalstellen bei vier unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen regionalen Trägern aktionsfähige Teams.

Beratungsstelle Salam

Die Beratungsstelle Salam bietet seit 2016 eine professionelle und systemisch ausgerichtete Beratung im Zusammenhang mit tatsächlich oder vermeintlich islamistisch radikalisierten (jungen) Menschen an. Das Angebot richtet sich als Distanzierungsberatung an radikalisierte Personen, aber auch an Menschen aus deren Umfeld wie beispielsweise Schule oder Familie, um bei der Analyse des jeweiligen Falles zu unterstützen, zu beraten, gegebenenfalls auch Distanzierungsprozesse zu initiieren oder zu unterstützen. Salam berät und qualifiziert, auch fallbezogen, ebenso Fachkräfte des institutionellen Umfeldes wie Schule, Jugendhilfe- Jugendarbeit oder der Geflüchtetenhilfe zur Thematik religiös begründete Radikalisierung.

2.4 Demokratie im Netz verteidigen

Programm Solidarität gegen Hass und Gewalt im Netz

Mit dem 2021 begonnenen Programm „Solidarität gegen Hass und Gewalt im Netz“ unterstützt die Landesregierung Betroffene von digitaler Gewalt und klärt über den Umgang mit digitaler Gewalt. Das Programm besteht aus drei Bausteinen:

1. SoliNet

2021 wurde die Beratungsstelle „SoliNet“ gegen Hass und Gewalt im Netz in Rheinland-Pfalz ins Leben gerufen. Das kostenfreie Beratungsangebot bietet Hilfestellung bei Fragen der Online-Sicherheit und psychosoziale Unterstützung nach Hass und Gewalterfahrungen im Netz. Weiterhin kann eine juristische Ersteinschätzung abgegeben werden und technische Unterstützung bei der Beweissicherung geleistet werden. Die Beratungsstelle SoliNet ist bei der Landesmedienanstalt angesiedelt.

Die Eingabe wurde in der Sitzung des Petitionsausschusses des Landtags Rheinland-Pfalz vom 09.12.2025 einvernehmlich abgeschlossen.

2. #ScrollNichtWeg

Bei #ScrollNichtWeg handelt es sich um eine Social Media Kampagne, die auf einer eigenen Website sowie über Instagram und TikTok drei Ziele verfolgt:

I. Unterstützung von Betroffenen

II. Aufruf zu Digitaler Zivilcourage

III. Sensibilisierung durch Informationen zum Thema digitale Gewalt

Über 300 produzierte Beiträge wurden auf TikTok und Instagram bereits über 4 Millionen Mal angesehen (Stand August 2025). Damit werden insbesondere junge Menschen erreicht, die hauptsächlich diese Medienzugänge nutzen. Die Kampagne wurde für die Jahre 2025/26 weiterentwickelt und wird fortgeführt.

3. Qualifizierungsprogramm

2022 wurde ein zielgruppenspezifisches Qualifizierungsangebot gegen digitale Gewalt modellhaft entwickelt. Die Schulungsangebote sollen den spezifischen Bedarfen unterschiedlicher Gruppen entsprechend über digitale Gewalt aufklären und Strategien zum Umgang damit lehren. In Zusammenarbeit mit Bildungsträgern aus RLP wurde ein Curriculum entwickelt. 2023 und 2024 wurde eine Modellprojektphase von medien&bildung.com durchgeführt. 2025 wird nun geprüft inwieweit sich daraus ein regelhaftes Angebot ableiten lässt.

3. „Kommune und Land gemeinsam für Integration“

Die Landesregierung hat gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden (KSV) die Kooperationsstrategie „Kommunen und Land gemeinsam für Integration“ entwickelt, um die Chancen der Zuwanderung auszuschöpfen und die Herausforderungen weiterhin gut bewältigen zu können. Unter Federführung des Integrationsministeriums haben die Kommunalen Spitzenverbände und die Landesregierung im Jahr 2024 einen Dialogprozess initiiert mit dem Ziel, einen Rahmen festzulegen und auszufüllen, in dem sich Kommunen, Kommunale Spitzenverbände und die Landesregierung in Rheinland-Pfalz kontinuierlich über wichtige Fragen und Handlungserfordernisse im Themenfeld „Integration“ austauschen und abstimmen. Das Land Rheinland-Pfalz und die Kommunalen Spitzenverbände wollen mit dieser Strategie zu einer besseren und nachhaltigeren Kooperation im Themenfeld Integration gelangen. Hierzu soll auch die Förderung des kommunalen Integrationsmanagements in Rheinland-Pfalz beitragen.

Die Landesregierung wird den 36 kreisfreien Städten und Landkreisen in Rheinland-Pfalz die Möglichkeit bieten, eine Integrationsmanagerin oder einen Integrationsmanager einzustellen. Eine entsprechende Förderrichtlinie wird voraussichtlich im September 2025 veröffentlicht. Darüber hinaus ergänzt und fördert die Landesregierung die Sprachbildungsangebote des Bundes durch ein eigenes umfangreiches Sprachkursangebot, die Landeskurse „Sprachziel; Deutsch“, das zugewanderten Menschen unabhängig von ihrem Herkunftsland oder Aufenthaltsstatus offensteht. Das Integrationsministerium unterstützt auch die Migrationsfachdienste (MFD) in Trägerschaft der LIGA der Wohlfahrtsverbände. Diese Beratungsstellen sind mittlerweile in allen rheinland-pfälzischen Landkreisen und kreisfreien Städten vertreten. Sie ergänzen die bundesgeförderte Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE), die nach wie vor nicht allen Migrantinnen und Migranten offensteht. Schließlich unterstützt das Integrationsministerium die Integrationsaktivitäten rheinland-pfälzischer Vereine, Initiativen und Organisationen der Zivilgesellschaft. Gefördert werden so zum Beispiel Projekte zur Förderung des Ehrenamts in der Integrationsarbeit. Darunter fallen Qualifizierungsmaßnahmen für Ehrenamtliche, interkulturelle Feste und sogenannte Flüchtlings- und Begegnungscafes.

Diesen Ausführungen ist entnehmen, dass sich das Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration auf vielfältige Weise in den Bereichen der Demokratieförderung, Extremismusprävention und Integration einsetzt. Darüber hinaus wurden Strukturen in den Bereichen ausgebaut, Fördermöglichkeiten ins Leben gerufen und neue Maßnahmen und Projekte entwickelt. Die Zusammenarbeit Zivilgesellschaft und Kommunen ist dabei in allen drei Bereichen wichtiger Bestandteil der Arbeit des Ministeriums.

Die Eingabe ist **einvernehmlich** abgeschlossen.